

Schwelle soll Autofahrer von Durchfahrt abhalten

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Nach der Ratsinformation, dass gegenläufiger Radverkehr in der Telegrafienstraße rechtens ist, fordert die WNKUWG-Fraktion die Stadtverwaltung in einem Antrag auf, in Gesprächen mit der Polizei darauf hinzuwirken, dass die Geschwindigkeit von 20 Stundenkilometern „konsequent und nachhaltig“ überwacht werde. Außerdem solle unabhängig vom Einkaufszentrum (Uhle) die Einmündung Brückenweg/Telegrafienstraße schnellstmöglich so umgebaut werden, dass Autofahrern die Einfahrt in die Telegrafienstraße erschwert werde. Zusätzlich solle eine Bürgersteigkante als Schwelle zwischen BEW und Ringkaufhaus darauf aufmerksam machen, dass hier ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich beginne, so Rüdiger Bornhold. *OH 4.7.*

Rehse nennt das Ganze „Schwachsinn“

*WGA
06.07.12*

RADVERKEHR Henning Rehse's Meinung zum Thema Hysterie.

WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse hat am Dienstag angekündigt, dass die Fraktion das Thema Radweg „sowohl formal als auch materiell extern juristisch prüfen lassen“ wolle. Die Berichterstattung nannte er „teilweise bereits hysterisch“.

Dem Bürgermeister warf er vor, dass er den Stadtrat – „wohl wissend, dass er in diesem Punkt über keine Mehrheit im Rat verfügt“ – „vom Platz“ genommen habe, indem er feststellte, dass die Politik nicht zuständig sei.

Die WNK kritisiert, dass „gefährliche Situationen“ bestehen bleiben würden, und dass Autofahrer, die den Radweg als Parkplatz missbrauchen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Vor dem Hintergrund der für Montag noch einmal deutlich gewordenen Beschlusslage (WGA vom Dienstag) hätte es auch des Bürgerantrags nicht bedurft, den gegenläufigen Fahrradverkehr in der Telegrafienstraße einzufüh-

ren, meint Rehse.

Er nennt Fahrradfahren gegen die Einbahnrichtung „Schwachsinn“ und fragt sich, was aus den Markierungen auf der Telegrafienstraße wird, und was es mit dem Urteil des Verwaltungsgericht Gießen auf sich habe. Das hat die Gemeinde Fernwald verurteilt, Einbahnstraßen grundsätzlich in Gegenrichtung freizugeben, „wenn dadurch keine besondere örtliche Gefahrenlage entsteht“.

Diese Gefahren sieht Rehse in der Telegrafienstraße „tagtäglich“; hier parkende Autofahrer seien dafür aber überhaupt nicht verantwortlich.

Rehse: Weshalb denn der Ausschuss eigentlich die insbesondere von Eltern von Grund- und Musikschülern begrüßte, aber nach Ansicht Rehse's „völlig schwachsinnige und überflüssige Ampelanlage am Brückenweg“ rauf und runter diskutiere, wenn er für diese Themen überhaupt nicht zuständig ist?

Er sieht hier nicht nur eine Sachfrage berührt, sondern auch das Selbstverständnis des Rates und seiner Ausschüsse geht. Darum die juristische Prüfung. *s.n.*

KOMMENTAR

*OH
09.07.*

Den Lieferverkehr nicht verdrängen

Es dürfte einen unruhigen Sommer in der Innenstadt geben. Büfo, WNKUWG und der Einzelhandel auf der einen Seite, Stadtverwaltung und Radfahrer auf der anderen Seite. Da prallen Weltanschauungen aufeinander. Büfo und WNKUWG wollen den Autoverkehr und das Halten, was sehr oft ein Parken ist, vor den Geschäften in der Telegrafienstraße weiterhin dulden – die Stadtverwaltung hält sich ans Verkehrskonzept. Darin ist das nicht vorgesehen.

Sind nun die Ladezonen die Lösung? Darf ein Metzger aus hygienischen Gründen quer über die Straße seine Ware ins Geschäft transportieren? Warum wird nicht das Halten für einen ausgewiesenen Lieferverkehr neben dem Schutzstreifen genehmigt? Klar, dann würde der (Durchgangs-)Verkehr behindert. Autofahrer müssten vielleicht warten. Doch das wäre vielleicht die Lösung: Der Durchgangsverkehr nimmt (endlich) den Brückenweg, und der Lieferverkehr hat keine Probleme.

UDO TEIFEL

Büfo will neuen Ratsbeschluss

BM

09.09

Radverkehr: Die Verwaltung hat einen Plan für die **Verkehrsregelung** auf der **Telegrafienstraße** entworfen. **Bürgerforum** und **WNKUWG** lehnen ihn ab. Sie wollen gegenläufiges Radfahren im Verkehrskonzept **streichen**.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Stadtverwaltung will einen Schutzstreifen mit einer Mindestbreite von 1,25 Metern auf der Telegrafienstraße anlegen. Werktags soll die Telegrafienstraße für den Lkw-Verkehr über 3,5 Tonnen von 10 bis 19 Uhr gesperrt werden. Außerdem sollen drei Ladezonen gegenüber dem Schutzstreifen eingerichtet werden. Mit diesem Plan als Diskussionsgrundlage geht die Stadtverwaltung in die Abstimmungsbesprechung mit der Polizei. **Bürgerforum** und **WNKUWG** lehnen den Plan ab – sie wollen, dass der gegenläufige Radverkehr aus der Verkehrsplanung genommen wird. Darüber soll der Stadtrat im Herbst entscheiden.

Die Stadtverwaltung hatte vorige Woche das „Verfahren“ rund um den Verkehrsversuch als ureigene Aufgabe der Verwaltung an sich gerissen – und damit den Mehrheitsbeschluss im Fachausschuss, das Radfahren gegen die Einbahnstraße zu stoppen, aufgehoben. Als Grundlage dieser Entscheidung führt die Stadt den Ratsbeschluss über das Verkehrs- und Gestaltungskonzept aus 2003 an, in dem alle Straßen innerhalb des Innenstadtdreiecks für Radfahrer in beiden Richtungen zu befahren sind.

Drei Ladezonen

Drei Ladezonen schlägt die Verwaltung vor: Neben der Einfahrt zur Straße „An der Feuerwache; etwa in Höhe der „Apothekenzur Post“ auf der Fahrbahn und im Bereich vor dem DM-Markt. Das direkte Ausladen vor den Geschäften auf der linken Fahrbahnseite, wo der Schutzstreifen angelegt würde, ginge dann nicht mehr.

Das Bürgerforum ist mit dieser



Weder ein Be- und Entladen, noch das Halten und Parken soll nach Vorstellung der Stadtverwaltung auf der **linken Fahrbahnseite** der **Telegrafienstraße** möglich sein.

BM-FOTO: HANS DÖRNER

Verkehrsregelung nicht einverstanden. In einem der Morgenpost vorliegenden E-Mail-Verkehr mit dem Bürgermeister schreibt Peter Scheben (stellvertretend für Manfred Schmitz-Mohr, Oliver Platt und Friedel Burghoff), dass es nach Ansicht des Bürgerforums nicht im Ermessen der Verwaltung liege, hier eine schnelle Veränderung herbeizuführen. „Nur der Rat selbst sollte hierzu eine Entscheidung herbeiführen.“ Wobei sicher das Bürgerforum auf die Mehrheitsverhältnisse im Rat abzielt: Mit CDU und WNKUWG hat Büfo die Mehrheit, die gegen das Radfahren gegen die Einbahnstraße ist. Eine solche Entscheidung scheint angestrebt, „falls keine Zuschussrückforderungen zu befürchten“ seien. Die Stadtver-

INFO

Einzelhandel

Urteil Laut einem Verwaltungsgerichtsurteil in Gießen müssen Einbahnstraßen grundsätzlich für den Radverkehr geöffnet werden. Eine Gemeinde hatte sich geweigert und unterlag jetzt dem ADFC.

Gespräche Die Verwaltung sucht das Gespräch mit den Einzelhändlern auf der Telegrafienstraße. Nach BM-Informationen sind erste Gespräche gelaufen. Die Einzelhändler werden über den Ratsbeschluss 2003 informiert und darüber, dass nun ein Schutzstreifen kommen soll – ebenso wie Einschränkungen beim Lieferverkehr.

waltung fürchtet das: Sie rechnet mit möglichen Rückforderungen von bis zu 1,6 Millionen Euro. Laut Scheben soll das aber vor einem neuen Beschluss abgeklärt werden.

Nach Ansicht der WNKUWG trage der Plan der Verwaltung in keinsten Weise der wirklichen Gefahrensituation auf der Telegrafienstraße Rechnung – die ist laut Henning Rehse die viel zu geringe Straßenbreite für den Begegnungsverkehr mit Rädern zwischen Sparkasse und Eiscafé. Auch stehe der geplante Schutzstreifen nicht im Einklang mit dem Ratsbeschluss aus 2003: „Es sollen hier keine separaten Flächen markiert werden, vielmehr ist eine sanfte Kenntlichmachung vorgesehen.“

KOMMENTAR

Investor will Parkplätze bauen

Überraschende **Wende** nach BM-Berichterstattung über die **Bruchbude** an der Berliner Straße 17a: Interessenten haben sich bei der Stadtverwaltung gemeldet. WNKUWG schimpft: „**Anschlag** auf Entscheidungsrecht des Rates.“

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Stadt bleibt bei ihrer Entscheidung, die ehemalige Obdachlosen-Unterkunft an der Berliner Straße 17a nicht auf eigene Kosten abzureißen – und erntet damit wütenden Protest aus der Politik. Henning Rehse (WNKUWG) verweist auf „jahrzehntealte Ratsbeschlüsse“, dass das Haus abgerissen werden und dort Parkplätze entstehen sollen. Doch der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa nimmt diesem Protest ein wenig den Wind aus den Segeln: „Nach der BM-Berichterstattung haben sich Interessenten gemeldet. Ein Investor will dort Parken ermöglichen.“

Im Herbst vorigen Jahres hatte die Stadtverwaltung nach dem Druck aus dem Einzelhandel auch mit der Schaffung von Parkraum nach dem Abriss der Bruchbude laut „nachgedacht“. Doch angesichts der Finanzsituation will man die Kosten nicht mehr übernehmen, teilte Dr. Prusa am Freitag auf Nachfrage der Bergischen Morgenpost mit. Das Grundstück solle vermarktet werden.



Wie lange bleibt diese **Bruchbude** stehen? Die Stadt will sie aus **Kostengründen** nicht selbst abreißen lassen, obwohl dringend Parkplätze benötigt werden. Jetzt scheint ein Investor gefunden zu sein.

BM-FOTO: NICO HERTGEN

Exposé wird vorbereitet

Er habe ja im vorigen Jahr die Hoffnung gehabt, so meinte gestern der Beigeordnete im BM-Gespräch, dass mit in Verlängerung des entstehenden Wohn- und Geschäftshauses eine Häuserzeile anschließen könnte mit öffentlichen Parkplätzen. „Leider hat sich diese Grundidee zerschlagen.“ Deshalb habe man auch nicht weiter den Vorschlag aus der Politik verfolgt, mit dem THW zu sprechen, das Gebäude im Rahmen einer Übung abzureißen.

Details über die Pläne der Interessenten konnte Dr. Prusa gestern nicht nennen. „Es geht aber in Richtung Parken.“ Derzeit werde das Exposé vorbereitet, dann müsse der Grundstücksverkauf für den Stadtrat vorbereitet werden. Er war ges-

tern zuversichtlich, dass das Grundstück schnell verkauft werde. „Es ist immerhin ein Filetstück.“

Der Vorsitzende der WNKUWG-Fraktion, Henning Rehse, reagierte gestern heftig auf die Exklusiv-Berichterstattung der Bergischen Morgenpost vom Montag: „Das ist ein Schlag für den Einzelhandel und ins Gesicht der Bürger“, so Rehse. „Und der nächste Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung und das Entscheidungsrecht des Rates“, wettete er. „Die Entscheidung, das Haus abzureißen und dort Parkplätze entstehen zu lassen, ist nicht aus Lust und Laune entstanden, sondern weil der Einzelhandel in der unteren Innenstadt nun einmal Parkplätze braucht.“

Unfassbar sei, dass das Geld aus der Stellplatzrücklage einfach im

INFO

Fragenkatalog

Die WNKUWG richtete einen Fragenkatalog an die Stadtverwaltung:

- Was kostet der Abriss, und wer hat die Kosten wann ermittelt?
- Was haben die mehrfach von der Politik angeregten Gespräche mit dem THW ergeben?
- Wie viele Parkplätze waren ursprünglich auf dem ehemaligen Parkplatz vorhanden?
- Wie viele waren davon bereits Ausgleichsparkplätze für andere Objekte in dieser Stadt und wohin wurden sie „verschoben“?
- Wo sind die zusätzlich erforderlichen Parkplätze für das neu entstehende Objekt nachgewiesen?

allgemeinen Haushalt versickert sei, statt für den angesammelten Zweck, Ersatzparkplätze zu schaffen, verwandt werde. „Das ist für mich mittlerweile unerträglich“, so Rehse, „was in dieser Stadt abgeht und mit welchen möglichen fadenscheinigen Begründungen die Bevölkerung an der Nase herumgeführt wird.“

So ignoriere nach seiner Ansicht die Verwaltung Mehrheiten mit Hinweisen auf Zuständigkeit, Rückzahlung von Fördermitteln und der städtischen Finanzsituation. „Die Fraktionen sollten sich zusammensetzen und überlegen, wie lange sie sich das noch gefallen lassen wollen.“

KOMMENTAR

Bisherige Berichterstattung unter www.rp-online.de/wermelskirchen

KOMMENTAR

Besser Parkplätze statt Bruchbude

Es war im Mai vorigen Jahres fast nur ein Nebensatz, den die Politiker im Fachausschuss schluckten wie eine Kröte: Der „Sparstrumpf“ war aufgelöst. 645 000 Euro, eingezahlt von Eigentümern über Jahre als Parkplatzablöse-Betrag, waren als Betrag in den allgemeinen Haushalt geflossen. Ohne Absprache mit der Politik. Und ohne Information. Das hatte der alte Kämmerer ohne Rücksprache 2008 entschieden – so brauchte er keinen Kassenkredit aufnehmen.

Für ihn damals ein einfacher Weg. Die Auswirkungen dieser „Liquiditätshilfe“, wie damals Volker Schmitz (CDU) den Schritt rechtfertigte, sind vier Jahre später zu spüren. Geld, das eigentlich für klar definierte Aufgaben eingesetzt werden muss, ist nicht mehr vorhanden. Jetzt müsste Wermelskirchen einen Kredit aufnehmen. Angesichts der Situation im Haushaltssicherungskonzept ist es eher utopisch, dass da die Kommunalaufsicht zustimmt.

So muss Wermelskirchen nun ein Filetstück aus der Hand geben. Ob wirklich Parkplätze gebaut werden, bleibt nur zu hoffen. Die Politiker müssen darauf pochen, dass vor allem die durch den Neubau weggefallenen Kurzzeit-Parkplätze in der unteren Innenstadt wirklich entstehen – nur so ist der Einzelhandel am Leben zu erhalten.

UDO TEIFEL

BM „Bergischen Löwen“ umbauen

WERMELSKIRCHEN (BM) An der „Nase herumgeführt“ fühlt sich der Fraktionsvorsitzende der WNKUWG, Henning Rehse, von der Stadtverwaltung. In einer Stellungnahme zur Situation rund um den „Bergischen Löwen“, wo die Planungen für den Umbau derzeit auf Eis gelegt worden sind, weil die Stadtverwaltung mit dem zur Verfügung stehenden Betrag von 115 000 Euro nicht auskommt, meint der Kommunalpolitiker, dass dies „der nächste Kracher aus unserem Pleiten-Pech-und-Pannen-Rathaus“ sei. Ironisch fragte er, ob denn Toiletten, Verkabelung und Entlüftung erst neu entdeckt wurden? „Päch-

ter, Bürger und Rat werden an der Nase herumgeführt. Wie hier gearbeitet wird, das ist nicht mehr feierlich.“

Richtig sei, dass zunächst ein Betrag von 255 000 Euro für den Umbau in Rede gestanden habe. Es sei aber die Verwaltung gewesen, die „von sich aus in mehreren Sitzungen“ erklärte, dass „bestimmte Umstände dazu geführt hätten“, dass die Kosten deutlich gesunken wären. Details dazu nannte Rehse nicht, da dies Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen sind. In diesen Gesprächen sei dann der Betrag von 115 000 Euro genannt worden. Der Hauptausschuss im

April habe dann beschlossen, „die erforderlichen Haushaltsmittel für den Umbau des Gebäudes Markt 10 zu veranschlagen“ – der gedeckelte Betrag von 115 000 Euro wurde nicht in die Beschlussfassung aufgenommen.

Nach Ansicht von Rehse müsse die „für die Stadtgestaltung und Stadtentwicklung wichtige Maßnahme“ (Zitat Eric Weik) unabhängig der neuen Erkenntnisse jetzt umgesetzt werden: „Dazu brauchen wir keinen neuen Ratsbeschluss“, meint er. Die Stadt sollte schnell sagen, was es kostet, damit die Hängepartie endlich beendet werden könne.

04.18.07.

Plakate: Zur Kasse bitten

WERMELSKIRCHEN (BM) „Nicht der Zirkus, der mit Plakaten für seine Veranstaltung wirbt, ist für das Erscheinungsbild von abgerissenen Plakaten verantwortlich, sondern doch wohl die Randalierer, die sie abreißen“, schreibt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in einer Stellungnahme zu unserer Berichterstattung. Er meint, da nicht nur Plakate abgerissen würden, sondern auch sonst vieles in der Stadt zerstört werde, wäre es vielleicht eine gute Idee, wenn sich die Polizei mehr um Sicherheit und Ordnung kümmerte: „Sollte dazu das Personal fehlen, sei ihr geraten, Personal von der Abteilung ‚Blitz und Laser‘ abzuziehen und für die Bekämpfung nächtlichen Vandalismus einzusetzen“, schreibt Rehse weiter. Den Schwarzen Peter für das Erscheinungsbild der Stadt den politischen Gruppierungen zuzuschreiben, sei einfach nur grotesk. Ebenso wie an der Politik gebe es am Plakatierungsverhalten aller Wermelskirchener Vereine und Institutionen nichts auszusetzen. Chaos komme in die Plakatierung stets dann, wenn kommerzielle auswärtige Anbieter die Bühne des Geschehens beträten, kritisiert Rehse. Die WNKUWG habe hierzu bereits im Arbeitskreis den Vorschlag gemacht, diese auswärtigen Anbieter zur Kasse zu bitten.

„Votum des StuV widerspricht dem Beschluss des Rates“

WE 1
20.07.

RADVERKEHR Fraktion hakt nach bei der Kommunalaufsicht.

Die Kreisverwaltung hat die Stadt Wermelskirchen nach eigener Auskunft nicht darauf hingewiesen, dass der Stadtrat für verkehrslenkende Maßnahmen nicht zuständig sei.

Bernhard Schilde von der Kommunalaufsicht schreibt dem WNK-UWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse, dass es zwischen Rat- und Kreishaus „kollegialen Austausch“ gegeben habe.

Bürgermeister Eric Weik hatte in der Ratssitzung am 2. Juli auch von „Gesprächen“ mit der Kreisverwaltung gesprochen; aus der schriftlichen Stellungnahme ging das nicht explizit hervor.

Ende Juni habe die Abteilung „Verkehrslenkung“ des Kreises der Stadt das Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen zugeleitet. Ob das auf die Situation in Wermelskirchen anwendbar sei, habe der Kreis der Stadt in eigener Prüfung überlassen. Schilde: „Fachaufsichtliche Weisungen wurden nicht erteilt.“

„Setze doch nicht um, was ich beanstandet“

Eric Weik, Bürgermeister

Laut Gemeindeordnung sei der Rat für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig – unabhängig davon, „ob eine Selbstverwaltungsaufgabe oder eine Aufgabe des übertragenden Wirkungskreises“ vorliegt.

Rehse hatte die Kommunalaufsicht gefragt: Trifft es zu, dass, sich der Kreis selbstständig des Themas angenommen hat? Das bestätigt Schilde. Trifft es zu, dass weder Rat noch Ausschuss befugt sind, Entscheidungen zu treffen? Antwort siehe oben.

Gegenüber Weik „stellt“ Rehse „fest“: „Fachaufsichtliche Weisungen wurden nicht erteilt.“ Rat und Ausschuss seien sehr wohl für verkehrslenkende Maßnahmen zu-

ständig und könnten sie in jedem Einzelfall an sich ziehen.

Insofern begrüßt Rehse die Aussage Weiks, er würde das Konzept der Stadtverwaltung für die Telegrafienstraße nicht umsetzen, da er „damit rechnen müsse, dass Stadtrat und der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) das Konzept wieder rückgängig machen.“

Die Fraktion appelliert, den Verkehrsversuch Radfahren gegen die Einbahnstraße sofort zu beenden. Die derzeitige Situation sei insbesondere in der Engstelle zwischen Stadtparkasse und Einmündung Eich gefährlich.

Im Begegnungsfall würde der Radfahrer vom entgegenkommenden Gelenkbus quasi „erdrückt“. Rehse: Bitte erarbeiten Sie ein Konzept, „wie Sie den Fahrradverkehr in West-Ost-Richtung durch die Stadt führen wollen“.

Rehse will „erste Signale der Bezirksregierung“ vernommen haben, dass die Geringfügigkeit der Änderung des Verkehrskonzepts „natürlich nicht zu einer Rückzahlung von Fördergeldern führt“ Hinsichtlich der Beschränkung des Lkw-Verkehrs in der Telegrafienstraße tagsüber gelte es „zu berücksichtigen, ob die Ordnungskräfte Kapazität haben, diese Regelung durchzusetzen“.

Bürgermeister Eric Weik weist darauf hin, dass Rehse Nebenkriegsschauplätze aufmache. Die Empfehlung des StuV, den Verkehrsversuch zu beenden, verstoße gegen den Ratsbeschluss, den Versuch durchzuführen; darum habe er den StuV-Beschluss auch beanstandet. Insofern könne man ihn schlecht aufordern, den Beschluss umzusetzen, welchen er beanstandet habe.

Ob der Stadtrat bzw. der Ausschuss zuständig sind, sei eine Frage, die damit allenfalls formal zu tun habe, aber in der Sache eigentlich weniger von Belang sei. Eine Stellungnahme der Bezirksregierung zur Frage der Gefährdung von Fördermitteln stehe im Übrigen noch aus. s.n.

Rehse: „Verkehrsversuch sofort beenden!“

BM
20.07.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse bittet Bürgermeister Eric Weik, den Verkehrsversuch in der Telegrafienstraße (das Radfahren entgegen der Einbahnstraße) sofort zu beenden. „Die derzeitige Situation ist insbesondere in der Engstelle der Telegrafienstraße zwischen Sparkasse und Einmündung Eich gefährlich. Im Begegnungsfall wird der Radfahrer vom entgegenkommenden Gelenkbus quasi erdrückt“, meint Rehse. Er habe von der Kommunalaufsicht eine Stellungnahme erhalten, aus der hervor gehe, dass der Rat und durch ihn übertragen der zuständige Ausschuss sehr wohl für verkehrslenkende Maßnahmen zuständig seien und sie im Einzelfall auch wieder an sich ziehen könnten. Auch sei der Kreis nicht auf die Stadt zugekommen und habe bereits vorsorglich darauf hingewiesen, dass Anordnungen durch den Ausschuss oder den Rat nicht zulässig seien.

Zum Hintergrund: Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr hatte im April beschlossen, das Radfahren entgegen der Einbahnstraße mit sofortiger Wirkung aufzuheben. In der Ratssitzung Anfang Juli hatte Weik mitgeteilt, dass die „Anordnung von Einzelmaßnahmen nur die Stadt Wermelskirchen als Verkehrsbehörde aussprechen kann“. Es sei jedoch höchst

strittig, ob es sich bei der Aufhebung des gegenläufigen Radverkehrs in der Telegrafienstraße um eine Einzelanordnung handle oder um eine „planerische Gestaltung“, die jeweilige politische Gremien beschließen könnten. „Ich habe in der Ratssitzung deutlich gesagt, dass es fraglich ist, ob Rat oder StuV solche Beschlüsse fassen können. Das haben wir offengelassen“, sagte Weik gestern.

Verstoß gegen Beschluss von 2003

Was aber klar sei, so Weik: „Der StuV-Beschluss, den Radverkehr aufzuheben, ist rechtswidrig gegenüber dem Ratsbeschluss von 2003.“ Damals hatte der Rat das Verkehrs- und Gestaltungskonzept als Bestandteil des Innenstadtkonzepts beschlossen. Darin war verankert: Alle Straßen innerhalb des Innenstadtdreiecks sind für Radfahrer in beiden Richtungen befahrbar. „Solange es diesen Ratsbeschluss gibt, darf der StuV-Beschluss nicht umgesetzt werden“, betonte Weik. Die Bezirksregierung prüfe derzeit, ob sie einen Verstoß gegen Förderbedingungen sieht, falls das Konzept wieder geändert werde. Laut Rehse gebe es Anzeichen, dass im Falle einer Änderung der Verkehrsführung keine Fördergelder zurückgefordert würden. Und er meint: „Es dürfte deutlich geworden sein, dass der Rat am 1. Oktober entsprechende Passage aus dem Konzept streichen lässt.“

Punkt wäre besser TOP geblieben

Zum Thema Radfahren gegen die Einbahn-Richtung auf der Telegrafienstraße

Bei aller Begeisterung über die inhaltlichen Aspekte des Themas sollte nicht der Blick für den exakten zeitlichen Ablauf der Dinge vernebelt werden. Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 18. Juni verfasste die Verwaltung eine Vorlage, in der als eine Option aufgeführt war: „Davon unbenommen, kann der gesamte Verkehrsversuch zurückgenommen werden, wenn man keinen der Beteiligten mehr oder weniger Rechte einräumen möchte.“

Diese Option beschloss der Ausschuss mehrheitlich. Die Vorlage war vom Bürgermeister selbst unterschrieben. Zu diesem Zeitpunkt wusste er offenbar selbst nicht, dass der Ausschuss nicht befugt sei, einen solchen Beschluss zu fassen, hatte mit diesem Ausgang der Abstimmung offensichtlich aber auch nicht gerechnet. Nachdem sich die Meinung des Bürgermeisters nicht im Beschluss widerspiegelte, startete der Bürgermeister die Initiative, indem er selbst den Punkt auf die Tagesordnung des Rates am 2.7.2012 setzte und mit einem „Antrag“ gemeinsam mit einigen Ratsmitgliedern „garnierte“. Auch da war ihm noch nicht bewusst, wer eigentlich

inwieweit zuständig ist. Das fiel ihm erst auf, als er merkte, dass auch der Rat seiner Meinung nicht folgen würde. Erst da zog er die Karte der Zuständigkeit und setzte den Punkt einfach ab. Das einzige, was letztendlich in der Darstellung des Bürgermeisters zutreffend ist, ist die Tatsache, dass der Rat den Verkehrsversuch beenden müsste, indem er einen „Doppelbeschluss“ fasst, die betreffende Passage der Öffnung der Einbahnstraßen aus dem Verkehrskonzept zu streichen und den Verkehrsversuch zu beenden.

Es ist zu hoffen, dass dies der Rat am 1.10.2012 tut. Fair und sauber wäre es gewesen, den Punkt auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 2.7. zu belassen und den Rat auf seine Zuständigkeit und den damaligen Beschluss, den es in diesem Zusammenhang aufzuheben gilt, hinzuweisen. Stattdessen wurden dreiseitige Nebelkerzen geworfen – einzig mit dem Ziel, den Rat an der Ausübung seiner Rechte mittels demokratischer Abstimmung zu hindern und eine eigene Abstimmungsniederlage zu verhindern.

Henning Rehse, WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender

WGA
23.07.

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an wga@rga-online.de

Rehse: Stadtrat soll ^{BH} Verkehrsversuch stoppen ^{23.04}

WERMELSKIRCHEN (BM) Weiteren Erklärungsbedarf sieht WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse zu seinem Antrag, den Verkehrsversuch für Radfahrer auf der Telegrafenastraße sofort abzubrechen: „Bei aller Begeisterung über das die inhaltlichen Aspekte des Themas, sollte nicht der Blick für den exakten zeitlichen Ablauf der Dinge vernebelt werden“, schreibt Rehse in einer neuerlichen Stellungnahme. Er erinnert: Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 18. Juni habe die Verwaltung eine Vorlage mit der Option vorgelegt: „...Davon unbenommen, kann der gesamte Verkehrsversuch zurückgenommen werden, wenn man keinen der Beteiligten mehr / oder weniger Rechte in der Telegrafenastraße einräumen möchte.“ Diese Option habe der Ausschuss mehrheitlich beschlossen.

Diese Vorlage sei vom Bürgermeister selbst unterschrieben gewesen, betont Rehse. Und er vermutet: „Zu diesem Zeitpunkt wusste der Bürgermeister offenbar selbst nicht, dass der Ausschuss nicht befugt sei, einen solchen Beschluss zu fassen, hatte mit diesem

Ausgang der Abstimmung offensichtlich aber auch nicht gerechnet“, meint Rehse. Nachdem sich die Meinung des Bürgermeisters nicht im Ausschussbeschluss widerspiegelte, habe der Bürgermeister die Initiative ergriffen, indem er selbst den Punkt auf die Tagesordnung des Rates am 2. Juli gesetzt habe. „Auch da war ihm wohl noch nicht bewusst, wer eigentlich inwieweit zuständig ist. Das fiel ihm erst auf, als er merkte, dass auch der Rat seiner Meinung nicht folgen würde. Erst da zog er die Karte der Zuständigkeit und setzte den Punkt einfach ab“, wirft Rehse dem Bürgermeister vor.

Hoffnung auf den 1. Oktober

„Das einzige, was letztendlich in der Darstellung des Bürgermeisters nunmehr zutreffend ist, ist die Tatsache, dass der Rat den Verkehrsversuch beenden müsste, indem er einen Doppelbeschluss fasst, die betreffende Passage der Öffnung der Einbahnstraßen aus dem Verkehrskonzept zu streichen und den Verkehrsversuch zu beenden“, schreibt Rehse. Und er hoffe, dass dies der Rat am 1. Oktober tun werde, fügt Rehse weiter hinzu.